

„Das war die Phase, in der Eltern ständig ihre Grenzen austesten.“

Hazel Brugger, Komödiantin und Poetry-Slammerin, über das Fernsehverbot in ihrer Kindheit und Jugend – siehe Regionale Kultur

## Übrigens

Lorenzo Zimmer über einen Vorschlag der Verwaltung



## Wie backt man sich Erzieherinnen?

Fragende Gesichter und Ratlosigkeit im Sozialausschuss des Tübinger Gemeinderats. Dabei war man sich in der Sache einig: Es ist sinnvoll, dass die Stadt die Erzieherinnen und Erzieher in ihren Kitas besser bezahlen und so für Entlastung sorgen will. Von Übertarif war ursprünglich die Rede. Einen Vorschlag der Verwaltung, dem der Gemeinderat zugestimmt hatte, kippte der städtische Personalrat jedoch mit Blick auf die Gleichbehandlung der Angestellten: Wieso sollten Kita-Leiterinnen übertariflich bezahlt werden, und wie fänden das die Müllmänner, die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes, die Stadtgärtner?

Jetzt hat die Verwaltung einen zweiten Anlauf gemacht. Einen – darüber waren sich die Stadträte am Donnerstagabend schnell einig – ziemlich raffinierten. „Dienstvereinbarung über befristete Sondermaßnahmen zur Personalgewinnung und Personalbindung bei der Fachabteilung Kindertagesbetreuung“ lautet der sperrige Titel der Vorlage, die statt einer übertariflichen Lösung jetzt im Raum steht.

Die Dienstvereinbarung sieht vor, den Erzieherinnen der städtischen Kitas in Tübingen ein vierteiliges Maßnahmenpaket zu schnüren. Knapp 160 000 Euro will sich das die Stadt für ihre 41 Kinderbetreuungseinrichtungen in diesem Jahr kosten lassen – im kommenden Jahr wären es schon 190 000 Euro. Im Paket enthalten sind etwa ein Teamtag, der für Teambildung, zur Stärkung der Achtsamkeit und für Gesundheitsvorsorge genutzt werden soll. Zudem stehen eine Arbeitsmarktzulage von 200 Euro für junge Erzieherinnen und eine Kompensation für durch Personalmangel, Krankheitsfälle oder Überbelegung belastete Mitarbeiter im Programm.

Weil kaum ein Thema so häufig in Tübingens Sozialausschuss aufschlägt wie der Ausbau der Kitas, verlaufen die Diskussionen oft emotional. Längst wird Tübingen von außen als Oase der Betreuung wahrgenommen, hat es sich doch bereits vor Jahren auf die Fahnen geschrieben, den Rechtsanspruch von Eltern auf einen Betreuungsplatz unbedingt erfüllen zu wollen.

Dafür wurden zusätzliche Kitas gebaut und an bestehende angebaut. Weil es ständig etwas zu verbessern gibt, evaluiert die Verwaltung mit Hilfe der Wissenschaft. Der Gesamtelternbeirat (GEB) wird immer einbezogen, schaut der Verwaltung auf die Finger und mischt sich ein, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Alles gut also? Nein. Denn wieder und wieder landen Stadträte, Verwaltung, Eltern und Kita-Mitarbeiter am selben Punkt: Es gibt zu wenig Erzieherinnen. Stichwort Fachkräftemangel.

An dieses Problem muss man ran. Doch die Dienstvereinbarung krankt an zwei Dingen. Darauf weisen die Stadträte unmissverständlich hin. Erstens: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Sökler war sich nicht sicher, ob dieser Weg der Dienstvereinbarung überhaupt juristisch gangbar ist. „Über jeden E-Roller-Zuschuss stimmen wir ab, aber hier werden wir nicht mal gefragt.“ Er wünschte sich, den Entstehungsprozess des Kompromisses mitgestalten zu können.

Das deutlich schwerwiegendere Problem: Der Vorschlag der Stadt bezieht sich nur auf die städtischen Einrichtungen. Daraus speist sich die Sorge, die besseren Bedingungen könnten zwar mehr Erzieher an diese Einrichtungen locken – doch dann fehlten sie an denen der freien Träger. Die GEB-Vorsitzende Claudia Preuß stellte die entscheidenden Fragen: Was, wenn die freien Träger dann hinschmeißen? Wenn sie Gruppen schließen? Und an wen richten die Eltern dann ihren Rechtsanspruch?

Die zusätzlichen Maßnahmen auch für die freien Träger zu übernehmen, würde die Stadt etwa weitere 200 000 Euro jährlich kosten. Der Verwaltung schien das nicht so recht zu schmecken. Wie wäre es also, wenn die freien Träger, die das können, die von der Stadt erarbeitete Verbesserung für Erzieherinnen aus eigener Tasche tragen? Und die Stadt dort unterstützt, wo sie nicht selbst getragen werden kann? Ich für meinen Teil würde etwa einen Teil meiner Kirchensteuer in einer Verbesserung der Betreuungssituation in Tübingens Kitas als gut angelegt betrachten – auch wenn ich keine Kinder habe.

## Krämermarkt startet morgen

**Handel** Am Dienstag und Mittwoch sind mehr als 100 Stände beim Tübinger Georgimarkt in der Altstadt dabei.

**Tübingen.** Es gibt nichts, was es nicht gibt: Das ist das Motto des Tübinger Georgimarkts am Dienstag, 9., und Mittwoch, 10. April, im Herzen der Altstadt. An beiden Tagen schlagen mehr als 100 Markthändler von 8 bis 19 Uhr ihre Stände auf. Der Krämermarkt erstreckt sich vom Marktplatz über die Kirchgasse und den Holzmarkt bis in die Neckargasse und die Neue Straße hinunter. Auch in der Marktstraße und der Kornhausstraße befinden sich Stände. Deshalb ist die viel diskutierte Durchfahrt für Radler und andere Fahrzeuge durch die Kornhausstraße an diesen Tagen verboten.

Viele Dinge des Alltags, „die sonst schwer zu bekommen sind“, wie die städtische Pressestelle

schreibt, sind Teil des Georgimarktes. So etwa: Gartenschere, Gemüsehobel, Kittelschürzen, Kartoffelstampfer, Töpfe, Tiegeln, Tortenheber – ein buntes und vielfältiges Angebot. Hinzu kommen Haushaltswaren, Lamm- und Schaffelle, Lederwaren und Textilien aller Art, Hüte, Mützen, Schmuck, Spielwaren, Gewürze und Tee. Natürlich ist auch für diejenigen was dabei, die etwas zum sofort naschen brauchen. Neben gebrannten Mandeln, Magenbrot und Schokofrüchten stehen auch Ofenkartoffeln, Rote Wurst und Dinnette auf dem herzhaften Speiseplan.

Der Wochenmarkt wird am Mittwoch zur üblichen Zeit von 6 bis 13 Uhr auf dem Tübinger Markt parallel abgehalten. ST



IM SCHEIN DES DOPPELGESTIRNS SIRIUS setzt die Wiesen- und Wassernymphen aus Dankbarkeit einen Blumenkranz auf den Kopf.

Bild: Ulrich Metz

## Der Ruf hält selbst Helfer ab

**Unterkunft Europastraße** Tübinger Organisationen in der Flüchtlingsarbeit üben scharfe Kritik an OB Boris Palmer und dessen „Liste der Auffälligen“. Von Sigrid Wenzel

Der 23-jährige Syrer Achmed wohnt in der Anschlussunterkunft in der Europastraße. Seit zwei Jahren arbeitet er als Fliesenleger, im Herbst wird er seine Ausbildung beginnen. Zur Zeit sucht er eine Wohnung in der Nähe seiner künftigen Ausbildungsstelle. „Wenn ich sage, dass ich in der Europastraße wohne, sagen alle ‚Oh Gott!‘“ Mit diesen Worten zitierte Norbert Kreuzkamp von der Flüchtlingshilfe im Kreis Tübingen den jungen Mann. Gemeinsam mit Christa Ullmann stellte er Interviews mit Bewohnern der Anschlussunterkunft (AU) Europastraße vor, in denen diese ihren Alltag beschreiben.

Durch alle Aussagen zog sich ein roter Faden: Trauer und Wut über den „schlechten Ruf“ der Unterkunft in der Europastraße. Zwar machten einige wenige Bewohner Probleme, „ansonsten leben hier viele gute Leute“, so Achmed. Jetzt will Oberbürgermeister Boris Palmer auffällig gewordene Flüchtlinge in die Europastraße verlegen, da sie als einzige einen privaten Sicherheitsdienst hat (das TAGBLATT berichtete). Dafür führt die Verwaltung seit Anfang des Jahres eine „Liste der Auffälligen“, auf der momentan 18 Menschen erfasst sind (Stand 30. März).

Verschiedene Organisationen der Tübinger Flüchtlingsarbeit hatten am Freitag zu einem Informationsabend eingeladen, an dem sie ihre Kritik an dieser Liste deutlich machten. Andreas Linder vom Sprecherrat (Flüchtlingshilfen im

Kreis Tübingen) betonte, dass es ihnen nicht darum ginge, Straftaten zu verharmlosen. „Wir sind allerdings der Meinung, dass Aufklärung, Verfolgung und gegebenenfalls Verurteilung von Straftaten eine Sache der Justiz ist und sich der Oberbürgermeister nicht zum Richter aufschwingen sollte.“

In der AU Europastraße leben 53 Menschen: allein stehende Männer und drei Ehepaare. 15 bis 20 der Bewohner sind arbeitssuchend oder haben ein Arbeitsverbot. Alle anderen arbeiten, gehen zur Schule oder machen eine Ausbildung. Die Europastraße dürfe nicht zu einer Brennpunkt- und Abschiebe-Unterkunft ausgebaut werden, so Linder. Vielmehr müsse es darum gehen, sie zu „entstigmatisieren“.

### Zwischen Straße und Bahngleis

Seit ihrer Eröffnung im Januar 2017 werde sie in der Öffentlichkeit jedoch negativ wahrgenommen, hob Matthias Schuh vom Bündnis Bleiberecht hervor. Auf die Gefahr der Stigmatisierung haben die Unterstützer von Anfang an hingewiesen, auch auf die problematische Lage zwischen vierspuriger Straße und Bahngleisen, fernab jeglicher Nachbarschaft.

Ein großes Manko: Der Sozialraum ist seit Oktober 2017 jeden Tag von 18 bis 8 Uhr von den Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes belegt, so dass es keinen Raum gibt, wo die Bewohner zusammenkommen können. Seit April bis Ende Mai, so Ruben Malina vom Asylzentrum Tübingen, stellt die Stadt nun einen anderen Sozial-

raum zur Verfügung. „Danach prüft sie, ob weiterhin Bedarf besteht“, sagte Malina. Wenn die Stadtverwaltung die ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen fördern wolle, dann müsse ein Sozialraum – so wie in den anderen AUs – eine Selbstverständlichkeit sein, stellte Diakon Bernhard Hecke von der Tübinger katholischen Kirche fest. Die AU in der Europastraße sei die erste in Tübingen, in der sich kein größerer, dauerhafter Unterstützernetzwerk etabliert habe. Einer der Gründe dafür sei der ihr anhaftende Ruf, dass dort nur „die bösen Buben“ hinkämen, so Hecke karikierend.

Palmer – dies sei spätestens seit seiner „Gefährderansprache“ vor der Unterkunft im August 2017 klar – wolle kein Klima schaffen, in dem sich die Bewohner der Europastraße als Teil der Stadtgesellschaft fühlten. Das habe auch Konsequenzen auf das Engagement der Ehrenamtlichen, so Hecke. Scharf kritisierte er Palmers Vorgehen in Bezug auf die „Liste der Auffälligen“: Zwar habe der OB vorab mit Fachleuten aus der Flüchtlingsarbeit gesprochen, deren konträre Meinung jedoch nicht

berücksichtigt. „Auf der einen Seite gibt es ein Integrationskonzept, mit dem Unterstützernetze und Ehrenamtliche sehr sinnvoll gefördert werden. Auf der anderen Seite gibt es an der Spitze jemanden, der einreißt, was versucht wird aufzubauen“, sagte Hecke.

### Ein Hallo-Wach-Abend

Zum Abschluss der Veranstaltung fragte einer der Zuhörer explizit in Richtung der anwesenden Gemeinderäte Dorothea Kliche-Behnke (SPD) Gebhard Weber-Keinath (AL/Grüne), Anne Kreim (FDP), Ingeborg Höhne-Mack (SPD) und Heinrich Schmanns (AL/Grüne): „Wie lange wollen Sie Palmers populistische Politik noch mittragen?“ Höhne-Mack ergriff das Wort: „Wir haben nicht für die Liste gestimmt, das Erstellen ist Verwaltungshandeln. Auch wir haben davon durch die Zeitung erfahren.“ Als eine „Hallo-wach-Veranstaltung“ bezeichnete Kreim den Infoabend. Die Unterkunft an der Europastraße zeige, dass Integration nur gelinge, wenn die Geflüchteten im Stadtgebiet untergebracht seien und „wir mit den Menschen leben.“

### Willkommensfest am 3. Mai

Zu dem Infoabend im Gemeindegarten der katholischen St.-Michael-Gemeinde hatten eingeladen der AK Europastraße, die Flüchtlings-

hilfen im Kreis Tübingen, das Asylzentrum Tübingen, die katholische GesamtKirchengemeinde/Stadtdiakonat Tübingen, die AG Gambia und

das Bündnis Bleiberecht Tübingen. Am 3. Mai lädt dieses Netzwerk ab 16 Uhr zu einem Willkommensfest in die Anschlussunterkunft Europastraße ein.

## Hirschau: Jetzt ganztags Tempo 30

**Hirschau.** Seit Jahren haben die Hirschauer – vor allem die, die an der Ortsdurchfahrt wohnen – diesen Tag herbeigesehnt: Autofahrer, die gern aufs Gas drücken, müssen sich jetzt stärker disziplinieren: Tempo 30 gilt in der Ortsdurchfahrt jetzt auch tagsüber. Ab dem heutigen Montag, so hatte es die Stadtverwaltung angekündigt, trete die Regelung in Kraft. Die Zusatzschilder, die an den zahlreichen Tempo-30-Schildern darauf hinweisen, dass die Geschwindig-

keitsbegrenzung bislang nur in den Nachtstunden zwischen 22 und 6 Uhr galt, wurden freilich schon vor dem Wochenende abgeschraubt. Viel schneller wird derzeit wahrscheinlich ohnehin niemand die Kingersheimer Straße passieren. Dort sind noch Sanierungsarbeiten im Gange, die voraussichtlich bis Mitte April dauern. Nur der Verkehr in Richtung Rottenburg rollt durch den Ort. Richtung Tübingen werden Fahrzeuge über den Rittweg umgeleitet. an



## TAGBLATT-Infotag: Vorsorge im Alter

**Tübingen.** Einen Informationstag zur Vorsorge im Alter veranstaltet das SCHWÄBISCHE TAGBLATT zum zweiten Mal am Dienstag, 9. April, von 17 Uhr an im Großen Sitzungssaal des Landratsamts (Wilhelm-Keil-Straße 50). Unter dem Motto „Alles geregelt“ geben Experten in kurzen Fachvorträgen und an Informationsständen Auskunft über Vererben und Schenken, über mögliche Bestattungsformen, über eine bezahlbare Rund-um-die-Uhr-Pflege zuhause, über neue altersgerechte Technologien und über die Immobilien-Leibrente. Als Exper-

ten geben Auskunft: Der Bankbetriebswirt und Testamentsvollstrecker Dierk Jarmuth, die Bestattungsfachkräfte Nadia Oberste-Lehn und Celina Töllner, der Rechtsanwalt Felix Barth, die Pflege-Geschäftsführerin Katrin Herre, der Elektrotechniker Volker Kiesel und der Immobilien-Fachmann Hans Moser. Zwischen den Vorträgen gibt es für Zuhörer Gelegenheit zu Rückfragen. In der Pause können sie sich vor dem Sitzungssaal in der Glashalle informieren. Es moderiert die TAGBLATT-Redakteurin Christiane Hoyer. Der Eintritt ist frei.